

POSITIONSPAPIER

Europa als Standort global-nachhaltiger Finanzarchitektur stärken!

Misereor fordert die Ablehnung des aktuellen Vorschlags zur EU-Umwelntaxonomie



Europa als Standort global-nachhaltiger Finanzarchitektur stärken!

Die „Neujahrsbotschaft“ der europäischen Kommission an alle seine Bürger und Bürgerinnen hat nicht nur in unseren Breiten für Ernüchterung gesorgt. Auch viele Partnerorganisationen Misereors im Globalen Süden waren über die Aufnahme von Erdgas und Atomenergie in die EU-Umwelttaxonomie entsetzt. Statt ein Instrument für transparente und nachhaltige Investitionen zu schaffen wurde eine Debatte um die Nachhaltigkeit von Erdgas- und Atomenergie initiiert. In diesem Widerspruch verfehlt der Entwurf seine Ziele und eröffnet Risiken für die sozial-ökologische Transformation. Anstatt mit einer ehrgeizigen und umsetzbaren Taxonomie klare Anreize für ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten zu schaffen, werden fossile und nukleare Energieträger als nachhaltig klassifiziert, die weder sozial und menschenrechtlich verantwortlich noch klima- und umweltfreundlich sind. Deshalb ist der von der EU-Kommission vorgeschlagene Rechtsakt in seiner aktuellen Form so nicht akzeptabel und zu kurzfristig.

Transparenz ist ein zentrales Instrument, um Vertrauen für neue Strukturen zu schaffen. Um weiterhin einen wirkungsvollen Beitrag für die Entwicklung unserer Partner zu leisten, sind wir darauf angewiesen, dass Gelder und politische Ambition kohärent ausgerichtet sind. Das gilt besonders für den Finanzsektor, der eine Lenkungswirkung für die Entwicklung unserer Welt hat. Es braucht eine Taxonomie, die Finanzströme transparent auf die sozial-ökologische Transformation lenkt. Passiert das nicht, werden aktuelle geopolitische, energiewirtschaftliche und klimatische Risiken zu realen weltweiten Gefahren mit unterschiedlichen regionalen Ausprägungen.

Geopolitisch:

Unverhältnismäßigkeit:

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ringen die verschiedenen europäischen Staaten darum, die Abhängigkeiten von russischen Brennstoffen zu minimieren. In der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung stellt der Bau von Flüssiggas-Terminals oder der Umbau der Stromerzeugung von Kohle auf Gas die falschen Weichen mit langfristigen Folgen. Es braucht eine Politik mit klarer Botschaft für den europäischen Frieden, die den Blick von der kurzfristigen Energiesicherheit auf Energiesouveränität durch Diversifikation, Nutzen von Suffizienz- und Effizienzmaßnahmen und den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien richtet.

Vulnerabilität:

Erdgas- und Atomenergie erhöhen die geopolitische Vulnerabilität. In den vergangenen Monaten wurde das besonders an Erdgas als Ursache für Energieunsicherheit und Inflation sichtbar. Neben dieser wirtschaftlichen Verwundbarkeit zeigen sich in Mosambiks „Gas-Provinz“ Cabo Delgado auch die ökologischen und menschenrechtlichen Probleme des Energiehungers. Seit knapp fünf Jahren herrscht ein blutiger Bürgerkrieg mit fast 800.000 Vertriebenen um die potentiellen Erdgasfelder. Der zunehmende europäische Gasdruck verstärkt diese Konflikte weltweit.

Energiewirtschaftlich:

Lock-in-Effekte:

Die Investition in Erdgas und Atomenergie scheint kurzfristig Lücken in der Energieversorgung zu schließen. Doch diese Strukturen werden mit einer Investitionsspanne von mehreren Dekaden gebaut, um wirtschaftlich zu sein. Im Zusammenhang mit anderen EU-Gesetzgebungen, wie Fit-for-55 oder REPowerEU, könnten hier Investitionen getätigt werden, die sich selbst nach einem Umbau

auf die hypothetische Wasserstoffnutzung nicht tragen werden. Dadurch werden Mittel, die für den Ausbau einer wirklich nachhaltigen Energieinfrastruktur dringend gebraucht werden, in absehbaren Investitionsruinen blockiert. Eine kluge Politik vermeidet solche Anreize für Fehlinvestitionen in Erdgas- und Atomstrukturen.

Versorgungssicherheit:

Wirkliche Versorgungssicherheit schaffen wir nur mit einem Mix aus effizienteren Technologien und dem Wechsel von einer fossilen hin zu einer erneuerbaren Energieversorgung mit Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse, die nicht zur Erfüllung von SDG 1 und 2 gebraucht wird, nicht jedoch durch die Zementierung weiterer Abhängigkeiten von Gas- und Uranimporten. Auch Anreize zum Absenken des absoluten Energiebedarfs unterstützen, beispielsweise durch Einsparungen in Schulen, Supermärkten und Büros, wo Wärme- und Kälteanlagen rund um die Uhr laufen.

Technologievorteile:

Wir haben bereits heute Energietechnologien zur Verfügung, die mit den Nachhaltigkeitszielen in Einklang stehen. Geringere CO₂-Intensitäten bei der Verbrennung oder im Vorgang der Stromerzeugung wie bei Atomenergie genügen nicht zur Einordnung als nachhaltig, da beispielsweise der hohe Energie- und Umweltverbrauch bei der Uranförderung und Brennelementherstellung in der Regel nicht mitberechnet werden. Gerade auch vor dem Hintergrund Europas als Technologieexporteur sollte darüber hinaus eindeutig das Überspringen und Überwinden des "fossil-nuklearen Zeitalters" forciert werden. Dass dies insbesondere auch für die Partnerländer im globalen Süden attraktiv sein kann, zeigt unser Partner DR Kongo Solar eindeutig, wo Erneuerbare Energien verlässliche und kosteneffiziente Lösungen für die Energieversorgung liefern.

Klimagerecht:

Klimawirksamkeit:

Erdgas ist als fossiler Brennstoff höchst klimaschädlich, bei der Verbrennung wird CO₂ ausgestoßen. Erdgasaustritte bei der Extraktion und dem Transport in Verbindung mit der hohen Flüchtigkeit des Stoffes setzen große Mengen von Methan (CH₄)

in die Umwelt frei, das im Zehnjahresvergleich 86-mal klimaschädlicher ist als CO₂. Der Weltklimarat warnte in seinem jüngsten Bericht erneut, dass eine Weiterförderung fossiler Brennstoffe zu vermehrten Extremwetterereignissen führen und essentielle Schäden und Verluste nach sich ziehen werden.

Restrisiko:

Atomenergie kann nur auf Kosten der zukünftigen Generationen genutzt werden, da für radioaktive Stoffe auch auf absehbare Zeit weltweit keine langfristig sichere Endlagerung zur Verfügung steht. Sie stellen aktive Gefahren für die umgebenden Bevölkerung dar, nicht nur aufgrund der Möglichkeit von Atomunfällen, sondern auch als ein potentiell zerstörerisches Ziel von Terrorangriffen und Hackerattacken sind.

Massive Schäden für Mensch und Natur:

Die Förderung von Erdgas und Uran ist oft mit katastrophalen Menschenrechtsverletzungen verbunden. Die Ressource scheint wertvoller zu sein als die im Abbaugbiet lebende Bevölkerung. Niger kämpft seit Jahren mit der radioaktiven Verschmutzung des Trinkwassers und schweren gesundheitlichen Schäden bei der Bevölkerung in der Nähe der Fördergebiete. Gleiches gilt für die örtliche Biodiversität. Wälder, Flüsse und Weideflächen werden langfristig zerstört.

Welche Regionen werden die Folgen der Entscheidung zuerst spüren?

Besonders unsere Partnerländer an den Küsten Ostafrikas und Senegals haben zahlreiche Lagerstätten für den Erdgas- und Uranabbau. Aber auch Mosambik weist einen hohen Gasreichtum auf. Es sind Länder, die schon heute massive Schäden und Verluste durch die Klimakrise erfahren und vielfach Opfer von fehlender Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsverletzungen sind. Sie brauchen Unterstützung in ihrer CO₂-defensiven Entwicklung statt Angebote zum Stillen des Energiehungers des Globalen Nordens.

Unsere Forderung

Misereor fordert explizit eine Ablehnung des gegenwärtigen delegierten Rechtsaktes in der Sitzungswoche des 4. Juli 2022. Das eigentlich sinnvolle Finanzinstrument wird missbraucht und schafft auf verschiedenen Ebenen riskante Strukturen, die mit Prinzipien von Good Governance, Do no significant harm und der Nachhaltigkeit brechen. Es braucht eine EU-Umwelttaxonomie, die:

- einen wirksamen Transparenzmechanismus schafft, der Finanzaktivitäten hinsichtlich ihrer Sozial- und Umweltperformance beschreibt.
- verbindliche umwelt- und menschenrechtsbezogene Sorgfaltspflichten und Mindeststandards etabliert.
- Signalwirkungen entwickelt, um global die Dekarbonisierung der Wirtschaft im Sinne einer "Just Transition" unter Einbeziehung der lokalen Zivilgesellschaften voranzubringen.

Ein Nein zum aktuellen delegierten Rechtsakt bedeutet, Verantwortung für eine wirksame, nachhaltige und transparente europäische Finanzarchitektur zu übernehmen!

Impressum

Herausgeber
Misereor e.V. · Mozartstraße 9 · 52064 Aachen

V.i.S.d.P.
Madeleine Woerner

Grafik-Design
VISUELL, Büro für visuelle Kommunikation, Aachen

Stand: Juni 2022